

Tom Schimmeck

Ausgeträumt?

Die USA – ein Fall von narrativer Überdehnung

»That dream of a land in which life should be better and richer and fuller for every man, with opportunity for each according to his ability or achievement...«
(James Truslow Adams, 1932)

Erst ist es ein Missverständnis, dann ein Witz. An Kasse drei bei Safeway auf dem El Camino Real, der Hauptschlagader des Silicon Valley, klemmt zunächst die Kreditkarte. »Haben Sie jetzt Ihr Geld?«, frage ich den Kassierer, als die Transaktion endlich gelungen ist – und ernte ein breites, schwarzes Grinsen. »Mein Geld?«, sagt der junge Mann und runzelt die Stirn. »Ich glaube, um das hat sich das eine Prozent schon gekümmert.«

The one percent. Im Herbst 2011 war »Occupy Wall Street« in Lower Manhattan auf die Straße gegangen – gegen die wachsende Konzentration des Reichtums im obersten Hundertstel der Gesellschaft. Der Aufschrei verhallte erstaunlich schnell. Doch die Erkenntnis, dass es irgendwo da ganz oben eine winzige, extrem reiche und einflussreiche Schicht gibt, blieb haften. Sie veränderte das Vokabular und das Bewusstsein. Bittere Bemerkungen über soziale Missverhältnisse hört man in den USA heute an jeder Ecke.

Bis zum Crash 2008 hatte das Gros der US-Amerikaner gar nicht so genau wissen wollen, wie es um die Verteilung der Reichtümer im Lande tatsächlich bestellt ist. Das Gerede von Gleichheit stand hier immer schnell unter Sozialismus-Verdacht, galt als kulturpessimistisch, nur geeignet, die stete Aufbruchsstimmung und das Streben nach Wohlstand zu untergraben. Sie störte den amerikanischen Traum, das klassische Tellerwäscher-Narrativ – diese Triebfeder des Aufstiegshungers, diesen festen Glauben, dass es jeder schaffen kann, wenn er nur wirklich will, sich reinhängt und alles gibt. Es ist diese Verheißung, die Amerikas Unterschicht ranklotzen lässt und bis heute Millionen Migranten in die »Neue Welt« lockt: das Versprechen eines Lebens in Freiheit und Wohlstand, eines ganz individuellen Glücks. Dazu die Chance auf Reichtum und Ruhm, auf den Durchbruch, den Goldrausch, das ganz große Los.

Keine Erzählung kommt bunter und begeisterter daher als diese amerikanische. Womöglich ist das Narrativ vom amerikanischen Traum, vieltausendfach besungen und verfilmt, das populärste Weltversprechen der Neuzeit. Angelegt schon in der Unabhängigkeitserklärung von 1776, die postulierte, dass alle Menschen »gleich erschaffen« seien und ein jeder sein Anrecht habe auf Leben, Freiheit und »*pursuit of happiness*«, das Streben nach Glück. Diese ebenso poetische wie grandiose Formel entfaltet weiterhin ihren Magnetismus in aller Welt.

Lange schien die Selbstgewissheit dieser Nation, Ort des bestmöglichen Lebens und »Geschenk an die Menschheit« zu sein, unerschütterlich. Die Zahl derer, die an den Traum

Der Zweifel grassiert

Amerika glauben, bleibt zwar hoch. Gemessen am Umstand jedoch, dass es sich hierbei um eine quasi-religiöse Doktrin, um die zentrale Zauberformel handelt, sinkt die Zahl der Gläubigen bedrohlich. 2009, auf dem Höhepunkt der Krise, hatten immerhin noch 72 % diese Basisformel der Vereinigten Staaten verinnerlicht. Derzeit sind es nur noch 64 %. Der Zweifel grassiert. Zwei Drittel der US-Amerikaner bekunden in Umfragen, dass dieses Amerika nicht mehr jedem die gleichen Chancen eröffne und sie mit der Verteilung der Reichtümer gar nicht mehr einverstanden seien. Nur eine Minderheit glaubt noch daran, dass der Nachwuchs es einmal bes-

ser haben werde. Das Thema Ungleichheit ist in aller Munde – selbst in Harvard und den Wirtschaftsjournalen, wo ein Forscher wie Thomas Piketty eben noch als linker Exot galt.

Wobei die Mehrheit der Bürger noch immer nicht ahnt, wie tief die Kluft in Wahrheit ist. Bei Befragungen tippen US-Amerikaner, vor die Wahl diverser Modelle gestellt, meist auf deutlich undramatischere Darstellungen der Reichumsverteilung. Tatsächlich zeigen die Zahlen, dass ein neuer Gipfel der Ungleichheit erreicht ist, der höchste seit der Zeit vor der Großen Depression 1929. Seit über drei Jahrzehnten steigt sie kontinuierlich an. Vor allem wegen des Booms im obersten Promille der US-Gesellschaft, das seinen Anteil am nationalen Wohlstand seit 1979 von sieben auf 22 % mehr als verdreifachte. Und damit alle Umverteilungsanstrengungen seit 1929 annullierte.

Die US-Amerikaner konnten ihre Produktivität seit 1979 um 80 % steigern. Die meisten aber haben kaum etwas dafür bekommen. Allein die Boni der Manager sind heute im Schnitt 62-mal höher als das Gehalt eines US-Arbeiters. Ein durchschnittlicher Angestellter muss mehr als einen Monat schuften, um das zu »verdienen«, was sein CEO in einer Stunde einstreicht.

Nun scheint die Krise zumindest provisorisch gemeistert. Die Arbeitslosigkeit sinkt wieder. Die Obama-Regierung hat es in sechs Jahren geschafft, wieder einen Boom, mit imposanten Wachstumsraten und einem Allzeithoch auf dem Aktienmarkt zu erzeugen. Und doch ist die Enttäuschung riesig, weil die Mehrheit verliert, die neu geschaffenen Jobs oft schlecht bezahlt sind. Es ist eine Phase wirtschaftlicher Erholung, die das Gros der Gesellschaft nicht spürt.

Die Schere ging unter Obama noch weiter auf. In den ersten zwei Jahren langsamer Erholung wuchs der Reichtum der obersten 7 % der US-Gesellschaft um weitere 28 %; die 93 % darunter verloren 4 %. 95 % aller Einkommensgewinne seit 2009, so schätzen kritische Ökonomen, schlugen nur beim obersten, ohnehin obszön reichen einen Prozent der US-Amerikaner zu Buche, während das mittlere Haushaltseinkommen um mehr als ein Drittel einbrach. Die Mittelschicht, rechnen die Kritiker vor, sei heute ärmer als 1989, als Ronald Reagan das Weiße Haus verließ. Obama selbst hat eingeräumt: »Fast alle Vorteile des Aufschwungs gingen an das oberste eine Prozent.«

Früher hätte die amerikanische Öffentlichkeit solche Fakten kaum zur Kenntnis genommen, hätte ein wackerer US-Bürger allenfalls mit den Schultern gezuckt und gesagt: Wenn ich nur hart genug anpacke, gehöre ich vielleicht morgen schon zum Kreis dieser Glücklichen, oder dann, vielleicht später, meine Kinder. Heute ist das völlig anders, weil viele Amerikaner Zeugen ihres eigenen Niedergangs sind und weil die Mittelklasse spürbar schrumpft. Weil Million College-Absolventen hoch verschuldet ins Berufsleben starten (die Summe ausstehender Studienkredite ist auf 1,2 Billionen Dollar gestiegen) und weil alle den Verfall der öffentlichen Infrastruktur erleben, der die amerikanische Ingenieursvereinigung ASCE die Note D+ gibt. D+ steht für: schlecht, mit hohem Ausfallrisiko. Der Investitionsbedarf: 3,6 Billionen Dollar bis 2020.

Zudem rückt die Verdrängung von Reichtum und Macht, der enorme Einfluss des großen Geldes auf die Politik ins öffentliche Bewusstsein. Die postdemokratische Orchestrierung von Meinungen und Stimmungen ist ein sehr großes, lautes und lukratives Geschäft geworden. Der letzte Präsidentschaftswahlkampf 2012 verschlang die Rekordsumme von 6,3 Milliarden Dollar. Die Midterm-Wahlen im vergangenen Jahr kosteten rund vier Milliarden. Selbst um die Vergabe kleiner kommunaler Posten werden heute aufwändige Materialschlachten geschlagen. Und ausgerechnet der Supreme Court nahm dem grasierenden Spendenunwesen die letzten Schranken.

*Der zerrissene
Gesellschaftsvertrag*

George Packer, Hausautor des Magazins *The New Yorker*, hat diesen multiplen Verfall in seinem zu Recht gepriesenen Buch *The Unwinding* (auf deutsch: *Die Abwicklung – eine innere Geschichte des neuen Amerika*) minutiös beschrieben. Der Autor hat prosperierende wie ruinierte Landschaften der USA durchstreift und die Lebensgeschichten vieler recht durchschnittlicher Malocher, Kleinunternehmer, Mütter, Prediger, Süchtiger und einiger sogenannter Prominenter studiert. Packers Schilderungen machen den Zerfall des amerikanischen Traums im Detail sichtbar, aus wechselnden Perspektiven, sehr nah, oft geradezu sinnlich. Er sagt, er wollte das »Nervensystem der Amerikaner der letzten Generation« zeigen.

Und zeigt: Sie liegen blank, die Nerven. Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen PBS – selbst andauernd bedroht – konstatierte Packer nach diesem Kraftakt nicht nur den Niedergang von Infrastruktur und Institutionen, sondern auch einen allmählich wachsenden Riss im Gesellschaftsgewebe. Für ihn bedeutet dies den Bruch des ungeschriebenen »sozialen Vertrages, der besagte: ›Wenn Du hart arbeitest und im Prinzip ein guter Bürger bist, hast Du hier einen Platz‹«. Diese Anerkennung als Teil des gesellschaftlichen Gefüges, dieses Versprechen einer wirtschaftlich sicheren Existenz, plus der Chance auf ein noch besseres Leben für die Kinder, war das Fundament des amerikanischen Traums. Seit Ende der 70er Jahre habe sich dieses Gefüge aufgelöst, sagt Packer: »Und der Vertrag wurde im Grunde zerrissen.« Und er schlägt den Bogen von 1978 bis 2012 – von Carter bis Obama. Gerade einmal ein Dritteljahrhundert, ohne Weltkrieg, ohne das Trauma von Vietnam. Und dennoch eine Zeit harter Pendelschläge, eine kurvenreiche Ära voller Verheißungen und Rückschläge, mit ungeahnten Katastrophen und neuen Kriegen, in der die wohl stabilste Entwicklung das stete, kraftvolle Wachstum der sozialen Ungleichheit war.

Man muss gar nicht in die alten Bergbauregionen oder den *Rust Belt*, den rostenden Industriegürtel zwischen Chicago und der Ostküste reisen, um die Krise des amerikanischen Traums zu erleben. Selbst an den Traumstränden der amerikanischen Hoffnung findet sich immer auch ihr Gegenstück. Wer genauer hinguckt, sieht selbst im mythenumrankten Silicon Valley Tagelöhner an der Straße stehen. Gleich neben dem schicken, prosperierenden Palo Alto, geprägt durch Hewlett-Packard und die Stanford University, liegt die Gemeinde East Palo Alto, mehrheitlich von Schwarzen und Latinos bewohnt, ein von Gewalt geprägtes *Gangland*, wo manchmal jemand tot auf der Straße liegt, einfach so.

Suburban poverty

Gerade im Silicon Valley, diesem strahlenden Symbol von Genialität und Geschäftssinn, wo sich Tüftler über Nacht in Multimillionäre verwandeln, entdeckt man auf den zweiten Blick die Schrammen und Beulen in der glänzenden amerikanischen Karosserie. Man trifft Priester, die von Gier reden und Gestrandete, die schnell und tief gefallen – oder niemals hoch hinaus gekommen sind. Die Boomregion zwischen San Francisco und San Jose ist zweifellos reich. Die Hightech-Elite, verwöhnt durch Top-Gehälter und Aktienoptionen, kann sich das gute Leben leisten. Für Durchschnittsverdiener aber, für die Lehrerin, den Busfahrer, den Kellner und die Verkäuferin, für Bäcker, Bauarbeiter und Menschen in vielen anderen »normalen« Jobs ist es eine wachsende Herausforderung, ihre Existenz hier, oder halbwegs in der Nähe, zu organisieren.

Der Traum vom Eigenheim im Silicon Valley, wo jede Bruchbude eine Million Dollar kostet, bleibt für sie außer Reichweite. Auch Mieten, Lebensmittel, Bildung und Verkehrsmittel sind kaum mehr erschwinglich. Überall begegnet man Menschen, die sehr weite Wege für eine sehr schlecht bezahlte Arbeit in Kauf nehmen müssen. Obdachlosigkeit ist verbreitet. Manche leben in ihren Autos. An den Verteilstationen für Lebensmittel, in den Suppenküchen und Asylern lernt man jene kennen, die es aus der Bahn geworfen hat, de-

nen eine Krankheit, eine Kündigung oder ein Arbeitsunfall, eine Trennung, Drogen oder auch nur ein kleines Missgeschick die materielle Existenz zerstört hat. Das geht schnell. »Wir alle«, sagt die Leiterin einer Obdachlosenunterkunft gleich hinter dem Flughafen von San Francisco, »sind nur ein Gehalt davon entfernt, selber hier zu landen«.

Im Hinterzimmer einer Pizzeria am El Camino Real traf ich eine Gruppe von Busfahrern, die für Facebook arbeiten: Schwarze, Weiße, Latinos; Frauen und Männer aus Asien, Lateinamerika, Europa. Irgendwann einmal waren sie, ihre Eltern oder Großeltern dem Lockruf des amerikanischen Traums gefolgt. Nun fahren sie weite Wege zur Arbeit, dann sehr lange Schichten in Bussen, in denen die Gutverdiener aus San Francisco sitzen. Sie sind 14 Stunden am Tag außer Haus und kommen auf keinen grünen Zweig. Diese Fahrer leben nicht in Angst und Schrecken, wirken nicht unbedingt verzweifelt, doch ihr Anteil am großen Wohlstand rundherum kommt ihnen immer winziger vor, ihre Lebensverhältnisse zunehmend angespannt, die Chancen ziemlich dürftig. Ein Studium in Stanford ist für ihre Kinder in weite Ferne gerückt.

Wissenschaftler reden von »moderner Armut«, von den *working poor*. Die finden sich nicht mehr oder nicht mehr nur in den abgelegenen ländlichen Ecken und den berühmt-berüchtigten innerstädtischen Slums. Die Armut zieht in Amerikas Vorstädte ein, gewachsen nach dem Weltkrieg, heftig bezuschusst und mit Highways verbunden. Lange waren diese Suburbs Fluchtburgen eines ruhigen, stabilen, »besseren« Lebens, untermalt vom Brummen der Rasenmäher, umweht vom würzigen Duft des Grills – die eigentliche Heimat des amerikanischen Traums. Nun sind manche Schauplätze von *suburban poverty*. Hier wächst die Armut, seit drei Jahrzehnten schon, am schnellsten. Heute findet sich mehr Armut in den Vorstädten als in den Ballungsräumen der USA.

In der Geschichte der USA zeigt sich von Anfang an stark konzentrierte Prosperität. In Hafenstädten wie Boston oder New York besaß das oberste eine Prozent schon im 19. Jahrhundert 40-50 % allen Reichtums. Immer auch war dieser Wohlstand weiß. Und er ist es geblieben: Im Jahr 2010 war der durchschnittliche weiße US-Haushalt fast 20-mal so reich wie der durchschnittliche schwarze Haushalt und über 70-mal reicher als der einer Latino-Familie. Nimmt man das Eigenheim aus der Rechnung, liegt das Verhältnis sogar bei etwa 100:1. *Früchte des Zorns*

Was sich geändert hat: Die letzten Krisen trafen die weniger Wohlhabenden überproportional. Vor allem aber sind die Steuern auf großen Reichtum seit der Präsidentschaft von Ronald Reagan (1981-89) enorm gesunken. Und die Möglichkeiten der Kapitalflucht und der globalen »Steuergestaltung« von Konzernen und Superreichen sind wunderbar gewachsen. Vor Reagan zahlten Großverdiener in den USA durchaus stattliche Steuern.

Die ewigen Kampagnen für immer noch radikalere Steuersenkungen, immer noch weniger Staat, haben in konservativen Zirkeln inzwischen eine Grundstimmung genereller Ablehnung gesellschaftlicher Strukturen und Institutionen geschaffen. Unablässig schimpft man auf *big government*, auf den vermeintlich so verschwenderischen Staat, die Bundesregierung und das politische Establishment in Washington. Mit breiter, durchaus demokratiegefährdender Wirkung: Der US-Kongress fährt bei den US-Bürgern, die er doch repräsentieren soll, nun Ablehnungsraten zwischen 74 und 86 % ein. Und mit zum Teil schizophoren Folgen: So kämpfen Teile Washingtons, weil sie solche Rhetorik abliefern zu müssen glauben, energisch gegen sich selbst.

Den diffusen Zorn nähren Republikaner, Libertäre und die »Tea Party«, die ein paradoxes Phänomen bleibt. Bis heute kommt sie mit einer Anti-Establishment-Attitüde daher. Und wird doch vor allem von Milliardären wie den Gebrüdern Koch gesponsert, die darauf spekulieren dürfen, dass die hier zelebrierte Ablehnung aller Aufsicht und Lenkung

zu noch weniger Regulierung, noch weniger Umweltschutz und noch niedrigeren Steuern führt. Gemeinsam leugnet man den Klimawandel.

US-amerikanische Politik ist seit der Ära Clinton (1993-2001) deutlich aggressiver geworden. Der Republikaner Newt Gingrich, ab 1995 Sprecher des Repräsentantenhauses, folgte Maos Lehre vom »unblutigen Krieg« und führte jenen beißend-hysterischen Tonfall ein, der die politische Auseinandersetzung bis heute beherrscht, befeuert vor allem von dauererregten Talk Radio-Sendern und Rupert Murdochs Fernsehkanal Fox News. Emotionen, aufgepeitscht aufs Stichwort, spielen hier die Schlüsselrolle. Politik ist zum Glaubenskrieg geworden, Debatten ähneln oft Pawlowschen Versuchsanordnungen – Speichelfluss aufs Stichwort. Jeder Wahlkampf dokumentiert seither den dramatischen Diskursverfall.

In den Amtsjahren des George W. Bush erreichte diese polarisierende Emotionalisierung des Politischen neue Höhepunkte. Dies war nicht nur dem »permanenten Krieg gegen den Terror« geschuldet. Auch die gegenseitige Verachtung wuchs. Die Präsidentschaft Obamas war durchweg geprägt von diesem Zerwürfnis. Seine Gegner verdammten ihn bis heute als finale Frucht einer muslimisch-sowjetischen Verschwörung gegen die USA. Auch einem Obama war die Macht nicht gegeben, Stil und Strukturen der Nation nachhaltig zu beeinflussen.

Im Abgang der anfangs verklärten, mit vielen Sehnsüchten und Verheißungen aufgeladenen Obama-Ära machen sich Ernüchterung und Verbitterung breit. Die Wertebasis erodiert weiter, Amerikas gemeinsamer Nenner schrumpft. Und auch die Spielregeln sind oft nichts mehr wert. Der republikanische Fundamentalismus trieb den Staat schon mehrfach an den Rand der Zahlungsunfähigkeit.

Auch die Spielregeln werden immer häufiger gebrochen. Dies zeigte sich Anfang März, als Israels wahlkämpfender Premier Benjamin Netanjahu auf Einladung des republikanischen Sprechers des Repräsentantenhauses, John Boehner, vor dem US-Kongress sprach – unter Umgehung des Weißen Hauses. Kurz darauf unterschrieben 47 republikanischen Senatoren einen Brief ihres Neulings Tom Cotton an die iranische Führung, der androhte, jeden Atom-Deal mit dem Iran nach einer Machtübernahme 2017 »mit einem Federstrich« zunichte zu machen. Eine beispiellose Sabotage der Regierung. Während Boehner seinem Gast Netanjahu eine Churchill-Büste überreichte, fiel sein Parteifreund John McCain über den deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier her: Der gehöre »zur diplomatischen Schule Neville Chamberlains«.

Das Einvernehmen über viele Grundlagen der US-amerikanischen Zivilisation schwindet. Und mit ihm auch die Strahlkraft der großen Erzählung USA. Mehr noch als an der seit langem diskutierten imperialen scheint die letzte Supermacht an einer narrativen Überdehnung zu leiden. Am Verlust einer Erzählung, die mangels erlebter Praxis zu Kitsch geronnen ist.

Ihr ausladendes Ego als Heimat der attraktivsten Ideen und Produkte, als Land der Freiheit und der Chancen, das dem Guten in aller Welt, notfalls mit Waffengewalt, zum Durchbruch verhilft, ist fragil geworden. Ein konsensverzehrender Diskurs zeigt die tiefe Zerrissenheit einer unversöhnlichen Gesellschaft. Die nun offensichtlich wachsende Kluft zwischen Milliardären und Habenichtsen setzen das US-amerikanische Selbstverständnis weiter unter Druck. Mit dem Zerfall des gemeinsamen Mythos erodiert die Moral der Nation.

Des Einen Traum ist längst des Anderen Albtraum.



Tom Schimmeck

lebt als Autor in Hamburg. Bei Westend erschien zuletzt: *Am besten nichts Neues: Medien, Macht und Meinungsmache*.

tom@schimmeck.de